



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein

Deutscher Kinderschutzbund LV SH e. V. * Sophienblatt 85 * 24114 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
Frau Katja Rathje-Hoffmann
Vorsitzende
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per E-Mail:
sozialausschuss@landtag.ltsh.de

**Deutscher Kinder-
schutzbund**

**Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.**

Sophienblatt 85
24114 Kiel
Telefon: 0431 666679-0
Fax: 0431 666679-16

info@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Kiel, 02. November 2022

**Stellungnahme des DKSB LV SH zu
Expertenanhörung Corona
Fundiert Handeln – Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage treffen**
Drucksache 20/155

Isolationspflicht abschaffen – Aus der Pandemie in die Endemie
Antrag der Fraktionen von FDP und SSW
Drucksache 20/118 (neu)

Sehr geehrte Frau Rathje-Hoffmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, im Rahmen der Expertenanhörung Corona Stellung nehmen zu können.

Stellungnahme:

Seit Beginn der Pandemie hat der Kinderschutzbund den Fokus in Stellungnahmen und Öffentlichkeitsarbeit immer wieder auf Kinder- und Jugendliche gelegt und sich dafür eingesetzt, dass die besonderen Bedürfnisse und der Schutz von Kindern und Jugendlichen bei der Planung politischer Maßnahmen Beachtung finden.

Die Grundannahme des Kinderschutzbundes dabei lautete von Anfang an: **Das Kindeswohl hat Vorrang** – Infektionsschutz vor dem Coronavirus darf den Schutz von Kindern nicht ausschließen und kindliche Bedürfnisse unverhältnismäßig einschränken.

BANKVERBINDUNG

Förde Sparkasse
IBAN: DE76 2105 0170 0092 0360 78 BIC: NOLADE21KIE
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 74ZZZ00001003266

Finanzamt Kiel
St.-Nr. 20/290/81754

Mitglied im Dachverband
DER PARITÄTISCHE

Der Kinderschutzbund hat bereits ab März 2020 gewarnt, dass es insbesondere zu

- **mehr Gewalt gegen Kinder,**
- **gestiegener Kinderarmut,**
- **weniger Bildungsgerechtigkeit,**
- **Einschränkungen kindlicher Lebenswelten,**

kommen wird, wenn der Schutz und die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen bei der Planung von Maßnahmen zur Sicherung des Infektionsschutzes nicht ausreichend mitberücksichtigt werden. Inzwischen haben sich diese Befürchtungen leider bestätigt (siehe Anlage):

Die Pandemie wirkt, wie ein Katalysator, der die ohnehin schwierige Situation für Kinder und Jugendliche erheblich verschärft hat.

Besonders betroffen von den Folgen der Pandemie sind Kinder in sozial und wirtschaftlich benachteiligten Familien. Viele der Problemlagen für Kinder und Jugendliche sind nicht neu und auch nicht ausschließlich auf Corona zurückzuführen, aber die Qualität und Quantität ist eine andere: Mehr Kinder und Jugendliche brauchen Unterstützung; häufig intensiver als bisher. Unabhängig davon, ob es sich um direkte Coronafolgen oder sekundäre Lasten handelt, muss darauf mit flächendeckenden, dauerhaften und strukturell verankerten Maßnahmen reagiert werden – eine punktuelle Unterstützung durch Aufholprogramme, etc. ist nicht mehr ausreichend. Kinder und Jugendliche drohen ansonsten in ihren Chancen für ein gesundes und gutes Aufwachsen behindert zu werden.

Strukturen, die Kinder und Jugendliche unterstützen, müssen gestärkt aus der Pandemie hervorgehen, um pandemiebedingte Defizite zu kompensieren und bereits zuvor bestehende Problemlagen nachhaltig zu verbessern. Tatsächlich befinden sich aber viele soziale Einrichtungen, z.B. Kinderschutz-Zentren und Fachberatungsstellen – nach über zwei Jahren Corona-Zeit – am Limit: Der Hilfebedarf steigt; Fälle werden komplexer; Wartelisten sind lang; Mitarbeiter*innen sind tief erschöpft; der Krankheitsstand ist hoch; ...

Ob Pandemie oder Endemie: Die Begriffswahl ändert nichts an den fatalen Folgen der Corona-Zeit – Kinder, Jugendliche und ihre Familien benötigen strukturelle Unterstützung.

Der Kinderschutzbund fordert – entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention – das Wohl des Kindes bei allen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen vorrangig zu

berücksichtigen. An dieser Richtschnur sollten sich Politik und Gesellschaft im Interesse von Kindern und Jugendlichen orientieren – sowohl in Hinblick auf möglicherweise im weiteren Verlauf zu treffende Entscheidungen als auch bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen, um Belastungen der Corona-Zeit entgegenzuwirken.

Für Kinder und Jugendliche wird die Pandemie lange nachwirken. Es bleibt an uns als Gesamtgesellschaft, diese Herausforderung anzunehmen.

Für weitere Gespräche stehen wir auch über die Anhörung hinaus gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Irene Johns
Landesvorsitzende

Matthias Hoffmann
Stellv. Geschäftsführer

Anlage



Anlage

Stellungnahme Expertenanhörung Corona

MEHR GEWALT GEGEN KINDER

Es ist empirisch bestätigt, dass psychosoziale und wirtschaftliche Belastungen zusammen mit sozialer Isolation und fehlender Unterstützung durch soziale Netzwerke wie KiTa und Schule erhebliche Risikofaktoren für Gewalt gegen Kinder sind. Die Kumulation dieser Risikofaktoren durch Lockdowns und weitere Einschränkungen hat zu einem deutlichen Anstieg von Gewalt gegen Kinder geführt.

Im Jahr 2020 haben die Meldungen von Kindeswohlgefährdungen nach § 8a SGB VIII bundesweit einen Höchststand seit Einführung der Statistik 2012 erreicht. In Schleswig-Holstein wurde durch die Jugendämter in 2.006 Fällen eine Gefährdung des Kindeswohls festgestellt – ein Anstieg im Vorjahresvergleich um 30 %. Nach diesem starken Anstieg von Gewaltmeldungen im ersten Corona-Jahr ist bisher keine wirkliche Entspannung festzustellen – die Zahlen liegen nach Statistik der Jugendämter auch für 2021 deutlich über Vor-Pandemie-Niveau. Es ist davon auszugehen, dass diese Zahlen nur die Spitze des Eisbergs darstellen. Viele Fälle bleiben unentdeckt im Dunkelfeld oder werden erst zeitlich stark verzögert erkannt.

In der Arbeit der Kinderschutzbund-Beratungsstellen zeigt sich, wie sich Krisen verfestigt und bis hin zu körperlicher, sexueller, psychischer Gewalt und chronischer Vernachlässigung verdichtet haben. Aufgrund der Einschränkungen während der Pandemie wurden problematische Entwicklungen oftmals nicht erkannt bzw. verschleppt. Die Folgen sind eine Verstärkung und Manifestation von problematischen Entwicklungen, teilweise mit Krankheitswert bei Kindern und Jugendlichen: Fälle in der Beratungstätigkeit sind dadurch deutlich komplexer; unterschiedliche Formen der Gewalt verschränken sich.

WENIGER BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Nach wie vor ist der Bildungserfolg stark abhängig vom Elternhaus. Dies hat der IQB-Bildungstrend 2021 für Grundschulen zuletzt noch einmal bestätigt. Es zeigt sich eine zunehmende Ab-



hängigkeit der erzielten Leistungen von der sozialen Herkunft der Kinder: Schüler*innen aus Familien mit einem geringen sozioökonomischen Status sind deutlich stärker von Kompetenzeinbußen betroffen.

Diese Entwicklung entspricht einem längerfristigen Trend und ist nicht allein mit Schulschließungen zu begründen. Aber die mit geschlossenen bzw. nicht-regelhaft geöffneten Schulen verbundene Verlagerung von Lernprozessen in die familiären Räume hat die ohnehin bestehende Bildungsungerechtigkeit zulasten von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien in einem erheblichen Umfang verschärft.

Schulschließungen müssen daher – und auch wegen der sozialen Aufmerksamkeit für Kinderschutzfälle – zukünftig in jedem Fall vermieden werden. Die damit einhergehenden negativen Folgen für die soziale und kognitive Entwicklung vor allem von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ohne elterliche Unterstützung bei unzureichenden räumlichen Verhältnissen und fehlender digitaler Ausstattung sind nicht zu verantworten.

Gleichzeitig plädiert der Kinderschutzbund dafür, das notwendige Maß an Infektionsschutz auch im Schulbetrieb sicherzustellen und verweist in diesem Zusammenhang auf die im Oktober 2022 aktualisierte Kurzfassung der S3-Leitlinie Maßnahmen zur Prävention und Kontrolle der SARS-CoV-2-Übertragung in Schulen.

Selbstverständlich sind erneute Schließungen bzw. Einschränkungen der frühkindlichen Angebote in Kita und Kindertagespflege ebenfalls nicht vertretbar. Diese dienen explizit nicht nur der Betreuung der Kinder, sondern stellen ein dezidiertes Bildungsangebot dar, das über die Dauer von mehreren Monaten von vielen Kindern nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden konnten. Im Bereich der Sprachförderung fehlte es bei vielen Kindern dadurch an relevanter Unterstützung. Gleiches gilt für das Erlernen von Sozialverhalten mit Gleichaltrigen und in der Gruppe sowie das Erleben von Regeln und Interaktion. Gerade für Kinder ohne Geschwister oder sonstigen Peerkontakt fehlte ein zentrales Element.

HÖHERE KINDERARMUT

Kinder und Jugendliche, die unter Armutsbedingungen aufwachsen – in Schleswig-Holstein ist jedes fünfte Kind arm oder von Armut bedroht – leiden besonders unter den Folgen der Pandemie.



Viele Kinder und Familien leben in finanzieller Sicht ohnehin in einer dauerhaften Belastungssituation; für nicht wenige hat sich die Situation durch die Corona-Krise noch einmal drastisch verschärft, da Arbeitslosigkeit, Kurzarbeitergeld und weitere Einschränkungen zu starken Einbußen des familiären Budgets führen. Gering verdienende oder erwerbslose Eltern sind zunehmend in die Situation geraten, dass die Versorgung ihrer Kinder für sie noch schwieriger wurde als bisher.

Diese Belastungen lassen sich nicht isoliert von den aktuellen Preissteigerungen durch die Energiekrise in Folge des Ukraine-Kriegs betrachten. Schon durch Corona waren Kinder und Familien häufig die Leidtragenden, nun geraten in Armut lebende Familien zunehmend in die Situation, dass sie sich zwischen neuer Winterbekleidung, Essen, Energieversorgung und Betreuung ihrer Kinder entscheiden müssen – für alles gleichzeitig reicht das Geld nicht. Kinderarmut droht weiter zu steigen.

EINSCHRÄNKUNGEN VON KINDLICHER LEBENSWELT UND PARTIZIPATION

Die COPSY-Studien bestätigen, dass sich die psychische Gesundheit von Kindern verschlechtert hat. Betroffene von depressiven Symptomen und psychosomatischen Beschwerden wie Kopfschmerzen und Bauchschmerzen sind vor allem Kinder aus sozial belasteten Familien. Auch das Gesundheitsverhalten hat sich verschlechtert: Kinder bewegen sich weniger, sind deutlich inaktiver als vor der Pandemie, der Medienkonsum sowie Süßigkeiten Konsum sind erhöht. Die Belastung der Kinder und Jugendlichen waren noch im Herbst 2021 deutlich höher als vor der Pandemie; Beeinträchtigungen und psychische Auffälligkeiten haben sich auf hohem Niveau stabilisiert.

Im Lockdown waren Kitas, Schulen, Sportvereine und Spielplätze geschlossen. Zu lange hatte Politik Kinder und Jugendliche nicht ausreichend im Blick. Die Jugend fühlte sich zu wenig beteiligt und ernstgenommen. Laut JuCo-III-Studie fühlten sich einige Jugendliche im Befragungszeitraum Ende 2021 politisch mehr gehört. Einen wirklichen Einfluss auf politische Entscheidungen erkennen sie aber noch immer nicht.

Kinder und Jugendliche sollten auch in Krisenzeiten aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, wenn es um Maßnahmen geht, die sie betreffen. Schließlich sind gerade sie es, deren Lebenswelt massiv eingeschränkt wird. Die verlässliche Einbeziehung der Perspektive von Kindern und Jugendlichen in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung ist ein elementarer und dringend notwendiger Schritt, um Kinder und Jugendliche in der Krise besser zu unterstützen.